

# NIEDERSCHRIFT

Gremium	Haupt- und Finanzausschuss
Sitzungsnummer	HuF/041/11-16
Sitzungsdatum	Mittwoch, den 04.02.2015
Sitzungsbeginn	19:00 Uhr
Sitzungsende	22:00 Uhr
Ort	Sitzungssaal Gebäude I, Raum 001, Mainzer-Tor-Anlage 6, 61169 Friedberg (Hessen)

## Teilnehmerliste

### Vorsitzende

Frau Marion Götz

### Mitglieder

Herr Olaf Beisel  
 Herr Ulrich Hausner  
 Herr Bernd Messerschmidt  
 Herr Peter Schmidt  
 Herr Florian Uebelacker  
 Herr Reiner Veith  
 Herr Erich Wagner  
 Herr Günther Winfried Weil

vertreten durch Frau Ulrich-Hein  
 vertreten durch Herrn Ertl

### Schriftführerin

Frau Madeline Cacalano

### Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung

Herr Carl Cellarius  
 Frau Claudia Eisenhardt  
 Frau Silvia Elm-Gelsebach  
 Herr Achim Güssgen-Ackva

bis 19:30 Uhr  
 ab Top 4

### Mitglieder des Magistrates

Herr Bürgermeister Michael Keller  
 Herr Stadtrat Dirk Antkowiak  
 Herr Stadtrat Herbert Wellenberg  
 Herr Erster Stadtrat Peter Ziebarth

bis Top 2

### Verwaltung

Frau Christine Böhmerl;  
 Leiterin des Amtes für soziale und kulturelle  
 Dienste und Einrichtungen  
 Herr Klaus Detlef Ihl;  
 Technischer Betriebsleiter der Stadtwerke  
 Herr Jürgen Klose;  
 Kaufmännischer Betriebsleiter der Stadtwerke  
 Herr Benjamin Sturm;  
 Leiter der Finanzabteilung

bis Top 7  
 bis Top 7

## Gäste

Herr Joachim Kampen;  
Dr. Röhricht – Dr. Schillen GmbH  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft /  
Steuerberatungsgesellschaft

zu Top 5

Ausschussvorsitzende Götz eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Ladung zur Sitzung erfolgte fristgemäß. Einwände gegen die Tagesordnung ergehen nicht.

## Tagesordnung:

TOP	DS-Nr.	Titel
1	11-16/1087	Nutzungsvertrag mit dem Förderverein Quellwasserschwimmbad Ockstadt e. V.
2	11-16/0881-1	Jahresabschluss des Haushaltsjahres 2009 hier: Prüfung und Entlastung
3	11-16/1110	Haushaltsführung der Stadt Friedberg hier: Versagung der Genehmigung für die Haushaltssatzung 2014 und 1. Nachtragssatzung 2014
4	11-16/1104	Zuschuss an die Musikschule Friedberg e.V. für die Jahre 2015 bis 2017
5	11-16/1097	Jahresabschluss Wirtschaftsjahr 2013 der Stadtwerke Friedberg (Hessen)
6	11-16/1095	Gewinnverwendung 2013 der Stadtwerke Friedberg (Hessen)
7	11-16/1096	Wirtschaftsplan 2015 der Stadtwerke Friedberg (Hessen)
8	11-16/1059	Projekt "Windpark Winterstein", hier: "Windenergie, weiteres Vorgehen im Hinblick auf die Stadtverordnetenversammlung und den Magistrat" hier: Sachstand
9	11-16/1064	Beteiligungsbericht 2013 der Stadt Friedberg
10	11-16/1103	Messe Wetterau vom 01. bis 03. Mai 2015
11	11-16/1099	Durchführung des Seniorenausfluges 2015 am 26. Juni
12	11-16/1078	Aufhebung einer Stellenbesetzungssperre im Vorzimmer des Ersten Stadtrates
13	11-16/1107	Neufassung der Satzung über die Aufgaben des Stadtarchivs der Stadt Friedberg (Hessen)
14	11-16/1053	Fällung von 25 Robinien und Nachpflanzung von 31 Zierkirschen in der Ludwigstraße
15		Sachstandsbericht Konversion "Ray Barracks"
16		Verschiedenes
16.1		Verschiedenes; hier: Terminfestlegung Sondersitzung Bezug: Top 2, Jahresabschluss des Haushaltsjahres 2009

TOP	DS-Nr.	Titel
<b>1.</b>	<b>11-16/1087</b>	<b>Nutzungsvertrag mit dem Förderverein Quellwasserschwimmbad Ockstadt e. V.</b>

Bürgermeister Keller erläutert die Vorlage und erklärt, dass der Beschluss zum jetzigen Zeitpunkt notwendig ist, damit der Förderverein Quellwasserschwimmbad Ockstadt e.V. bereits die erforderlichen Verträge für die Freibadsaison 2015 abschließen kann.

## **Beschluss:**

Die Verwaltung wird in Kenntnis der derzeitigen Haushaltssituation beauftragt, die Vertragsverhandlungen mit dem Förderverein Quellwasserschwimmbad Ockstadt e.V. für die Freibadsaison 2015 analog der Jahre 2012 bis 2014 fortzuführen und abzuschließen. Die unter 4.571000.7178000 angemeldeten Haushaltsmittel in Höhe von bis zu 77.700 € werden im Vorgriff auf den Haushaltsplan 2015 bereitgestellt.

## **Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich beschlossen  
Ja 8 Nein 1 Enthaltung 0

## **2. 11-16/0881-1 Jahresabschluss des Haushaltsjahres 2009 hier: Prüfung und Entlastung**

Erster Stadtrat Ziebarth teilt mit, die Hinweise der Revision nicht als Kritik, sondern als Chance und Handreichung zu verstehen, die man daher entspannt angegangen sei. Mit der Bearbeitung einzelner Punkte sei begonnen worden; diese sollen im nächsten Bericht nicht mehr erscheinen.

Vorsitzende Götz verweist auf die Vielzahl gravierender Kritikpunkte der Revision, die eine eingehende Beratung im Haupt- und Finanzausschuss erforderten. Da dies den Rahmen der Sitzung sprengen würde, unterbreitet sie folgenden

## **Verfahrensvorschlag:**

Es wird eine Sondersitzung des Haupt- und Finanzausschusses anberaumt, die ausschließlich den „Jahresabschluss des Haushaltsjahres 2009“ zum Thema hat. Die wesentlichen zu klärenden Punkte sollen in der aktuellen Sitzung gesammelt werden. Zu diesen soll die Verwaltung den Mitgliedern des Haupt- und Finanzausschusses rechtzeitig bis zur Sondersitzung eine schriftliche Stellungnahme zukommen lassen. Die Terminabsprache soll unter Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“ erfolgen.

Die Ausschussmitglieder erklären sich mit diesem Verfahrensvorschlag einverstanden. Sie benennen verschiedene Kritikpunkte aus dem Prüfbericht. Kritisch wird auch angemerkt, dass die Prüfungsfeststellungen der Revision in der Beschlussvorlage des Magistrats keinerlei Erwähnung finden und verwaltungsseitig hierzu keine Stellung bezogen wurde.

Vorsitzende Götz fragt an, ob seitens der Ausschussmitglieder analog zur Verfahrensweise bei Jahresabschlüssen der Eigenbetriebe gewünscht wird, dass das Revisionsamt des Wetteraukreises an der Sondersitzung teilnimmt, um Auskunft zu Prüfungsfeststellungen zu geben. Dies wird von den Ausschussmitgliedern befürwortet.

Zu folgenden Seiten bzw. Kritikpunkten des Prüfberichts des Revisionsamts erwartet der Ausschuss ein schriftliche Stellungnahme der Verwaltung:

- Seite 7 + 8 2.4 Unregelmäßigkeiten in der Rechnungslegung  
2.5 Prüfungsfeststellungen
- Seite 8 Welche Prüfungsfeststellungen sind „der Verwaltungsleitung mitgeteilt und von dieser anerkannt worden“ ?
- Seite 8 Wie setzen sich die 27 Nachbuchungen / Umbuchungen / Korrekturen in Höhe von 28,871 Mio € konkret zusammen ? (jeweils Angabe von Anlass und Höhe der 27 Einzelbuchungen)
- Seite 11 Gründe für die Unterbrechung der Prüfung, die dem Magistrat mitgeteilt wurden
- Seite 19 5.1.1 Internes Kontrollsystem (fehlende Trennung der Kassengeschäfte von der Buchführung, Möglichkeit der Änderung von Stammdaten, Einzelvollmachten für Bankkonten)  
5.1.3 Bewirtschaftung und fehlende Überwachung der Aufwendungen und Auszahlungen

- Seite 20 - 22 5.1.4 Haushaltsüberschreitungen (wesentliche Abweichungen zwischen geplanten und tatsächlichen Investitionen nicht erläutert; Einhaltung der Budgets konnte nicht geprüft werden, da die systemseitige Einrichtung der Budgets fehlerhaft war; fehlende Beschlüsse gem. § 114 g HGO und fehlende Beteiligung des Landrats)  
5.1.5 Vergabeverfahren  
5.1.6 Übertragbarkeit der Ansätze (fehlende Unterlagen bzgl. der Aufwendungen, fehlende Buchungsangaben bei den Investitionen)
- Seite 25 6.1 Außenprüfung (wesentliche Beanstandung hinsichtlich der privaten Nutzung von Dienstfahrzeugen)
- Seite 28 eingeschränkter Bestätigungsvermerk

Ausschussmitglied Schmidt bittet zusätzlich um Stellungnahme, wann mit den Jahresabschlüssen 2010 bis 2012 zu rechnen ist.

Vorsitzende Götz weist darauf hin, dass der Haupt- und Finanzausschuss nach Abschluss der Beratung in der Sondersitzung nur über die Punkte 3 und 4 des Beschlussentwurfes beschließen kann, da die Punkte 1 und 2 allein den Magistrat betreffen, nicht den Ausschuss und die Stadtverordnetenversammlung. Bei Punkt 4 des Beschlussvorschlages der Verwaltung seien zusätzlich noch die Worte „und den Schlussbericht des Revisionsamtes“ zu streichen, da der Ausschuss und die Stadtverordnetenversammlung gemäß § 114 HGO nur über den geprüften Jahresabschluss selbst, nicht aber über den Bericht des Revisionsamtes beschließen kann.

Mit den obigen Hinweisen wird der Tagesordnungspunkt bis zur Sondersitzung des Haupt- und Finanzausschusses **zurückgestellt**.

### **Haushaltsführung der Stadt Friedberg** **3. 11-16/1110 hier: Versagung der Genehmigung für die Haushaltssatzung 2014 und 1. Nachtragssatzung 2014**

Erster Stadtrat Ziebarth kündigt eine Vorlage bzgl. des Widerspruchs gegen die Versagung der Genehmigung für die Haushaltssatzung 2014 und die 1. Nachtragssatzung 2014 an.

Vorsitzende Götz und die Mitglieder Uebelacker, Beisel und Ertl erklären, dass aufgrund der in Friedberg eingetretenen Voraussetzungen (u.a. Inkrafttreten der Straßenbeitragssatzung erst am 1.1.2015 i.V.m. der Erlasslage des Hessischen Innenministers) ein Rechtsstreitverfahren gegen die Kommunalaufsichtsbehörde für das abgelaufene Haushaltsjahr 2014 als fruchtlos erachtet wird.

Bis Herbst 2014 hatten zudem nach damaliger Mitteilung des Magistrats noch Handlungsbedarfe bestanden, die eine Haushaltsgenehmigung dringlich erforderlich machten. Zwischenzeitlich seien jedoch nach Auskunft aus dem Magistrat in zahlreichen Einzelabstimmungen mit der Kommunalaufsicht für alle akuten Sachverhalte gangbare Verfahrenswege gefunden worden.

Die Ausschussmitglieder regen an, die Ressourcen von Magistrat und Verwaltung auf **aktuelle** Handlungsbedarfe wie die Haushaltsaufstellung 2015 und die dringliche Aufarbeitung der Handlungsbedarfe aus Top 2 zu konzentrieren.

Die Mitteilungsvorlage wird vom Haupt- und Finanzausschuss **zur Kenntnis genommen**.

### **4. 11-16/1104 Zuschuss an die Musikschule Friedberg e.V. für die Jahre 2015 bis 2017**

Bürgermeister Keller erläutert die Vorlage.

Mitglied Uebelacker hinterfragt, zu welchem Zeitpunkt die vom Magistrat vorgeschlagene Kürzung um 35.000 € der Musikschule mitgeteilt wurde. Bürgermeister Keller teilt mit, dass dies per Email nach der Magistratssitzung erfolgt ist, in der diese beschlossen wurde.

Bürgermeister Keller teilt zur Begründung der vorgesehenen Kürzung mit, dass seit 2012 ein um 13 T€/Jahr erhöhter Zuschussbetrag für Sozialermäßigungen an die Musikschule ausgezahlt worden ist, der zur Unterstützung sozial benachteiligter Schüler/innen Verwendung finden sollte. Tatsächlich

sei dieser jedoch zum überwiegenden Teil (rd. 10 T€ jährlich) für Familienermäßigungen eingesetzt worden und auf diese Weise auch zugunsten Erwachsener oder Geschwisterkinder, bei denen keinerlei soziale Bedürftigkeit vorlag.

Vorsitzende Götz hinterfragt, warum trotz der vom Magistrat angegebenen Überzahlung von 3 x 10 T€, d.h. 30 T€, nach Vorschlag des Magistrats 35 T€ bei der Musikschule in Abzug gebracht werden sollen. Bürgermeister Keller stellt daraufhin fest, dass die Summe auf 30 T€ zu reduzieren ist.

Vorsitzende Götz hinterfragt, inwiefern nach Abzug der Summe die Liquidität der Musikschule weiterhin aufrechterhalten werden kann, wenn gleichzeitig lt. Beschlussvorlage 65 T€ / Jahr erforderlich sind, um wirtschaftlich zu bestehen. Hierzu wird von Bürgermeister Keller und Sozialamtsleiterin Frau Böhmerl mitgeteilt, dass der aufzurechnende Betrag nicht in einem Jahr, sondern über die Folgejahre verteilt in Jahresbeträgen von der Musikschule zurückgezahlt werden bzw. mit dem Zuschuss verrechnet werden soll, die die Liquidität der Musikschule nicht gefährden. Hierüber soll mit der Musikschule noch in einen Dialog eingetreten werden.

Mitglied Beisel beantragt seitens der CDU-Fraktion, dem Gewährvertrag mit der Musikschule e.V. nur für die Jahre 2015 und 2016, nicht für 2017 zuzustimmen.

Der anwesenden KassiererIn der Musikschule wird vom Ausschuss Rederecht gewährt. Sie teilt mit, dass eine Reduzierung des jährlichen Zuschusses von 65 T€ finanziell für die Musikschule nicht tragbar ist.

Bürgermeister Keller und Amtsleiterin Frau Böhmerl verweisen auf die der Stadt vorliegenden schriftlichen Unterlagen der Musikschule, nach denen eine mittelfristige Rückzahlung der zweckentfremdeten Mittel in vertretbarer Höhe für die Musikschule verkraftbar sei. Dem wird von Seiten der Musikschule widersprochen.

Da diese Frage in der Sitzung nicht abschließend zu klären ist, bittet Vorsitzende Götz den Magistrat, diese Frage bis zum Ende der Folgeweche mit der Musikschule zu klären und die Antwort rechtzeitig vor der Stadtverordnetenversammlung allen Fraktionen zur Verfügung zu stellen. Diesem Verfahrensvorschlag schließen sich die Mitglieder des Ausschusses an.

Um sicherzustellen, dass sich der Haupt- und Finanzausschuss jeweils rechtzeitig vor Jahresende mit der Auszahlung des Zuschusses für das Folgejahr 2016 bzw. 2017 befasst, wird einhellig beschlossen, die Worte „im Rahmen der Haushaltsberatungen“ im Beschlussvorschlag zu streichen. Stattdessen soll in der jeweiligen Novembersitzung der Jahre 2015 und 2016 eine Befassung mit der Auszahlung des Zuschusses erfolgen.

Da die Ziffer 4 der Magistratsniederschrift (Abzug von 35 T€) verwaltungsseitig irrtümlich nicht in den Magistratsbeschlusstext vom 02.02.2015 übernommen worden ist, lässt Vorsitzende Götz nun auch auf Antrag von Mitglied Schmidt über die ursprüngliche Vorlage, d.h. die Auszahlung der vollen Summe von 65 T€ abstimmen. Nach Vorliegen des Ergebnisses der Klärung zwischen Verwaltung und Musikschule steht es der Stadtverordnetenversammlung am 19.2.15 frei, abschließend auch abweichend davon zu entscheiden.

Vorsitzende Götz lässt über den weitergehenden Beschlussvorschlag zuerst abstimmen:

### **Beschluss:**

Dem Abschluss eines Gewährvertrages mit der Musikschule Friedberg e.V. in Höhe von jeweils 65.000 € für die Jahre 2015 bis 2017 wird zugestimmt. Die Auszahlung für 2016 und 2017 erfolgt unter der Voraussetzung, dass der Haupt- und Finanzausschuss ~~im Rahmen der Haushaltsplanberatung~~ **in der Novembersitzung des Jahres 2015 für den Zuschuss 2016 und in der Novembersitzung des Jahres 2016 für den Zuschuss 2017** keinen Widerspruch erhebt.

Dazu ist dem Haupt- und Finanzausschuss über den Magistrat in den Jahren 2015 und 2016 jeweils ein Bericht über die aktuelle finanzielle Lage der Musikschule zu geben. Der Gewährvertragsentwurf wird als Anlage zur Vorlage in die weitere Beratungsfolge der städtischen Gremien mit aufgenommen.

Abstimmungsergebnis:

**Mehrheitlich in Abänderung beschlossen**

Ja 6 Nein 3 Enthaltung 0

**5. 11-16/1097 Jahresabschluss Wirtschaftsjahr 2013 der Stadtwerke Friedberg (Hessen)**

Vorsitzende Götz begrüßt die Betriebsleitung der Stadtwerke sowie Herrn Kampen von Dr. Röhricht – Dr. Schillen GmbH.

Nachdem die Frage nach zwei einzelnen Positionen des Abschlusses nicht beantwortet werden kann, bittet der Haupt- und Finanzausschuss die Betriebsleitung der Stadtwerke in Bezug auf die Anlage VI, Blatt 12, Ziffer 7 (sonstige betriebliche Aufwendungen) um eine detaillierte Darstellung, wie sich die Positionen „Rechts-, Prüfungs- und Beratungskosten“ (276 T€) und „übrige“ (49 T€) zusammensetzen. Dies wird seitens der Betriebsleitung zugesagt.

**Beschluss:**

Der Jahresabschluss der Stadtwerke Friedberg zum 31.12.2013 gemäß § 5 Ziffer 11 des Eigenbetriebsgesetzes in der von der Dr. Röhricht – Dr. Schillen oHG, Bielefeld, geprüften Fassung sowie den Jahresbericht der Betriebsleitung wird wie vorliegend festgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

**6. 11-16/1095 Gewinnverwendung 2013 der Stadtwerke Friedberg (Hessen)**

Der Haupt- und Finanzausschuss schließt sich der Beschlussempfehlung des Magistrats an.

**Beschluss:**

Der Jahresgewinn 2013 in Höhe von 1.038.835,78 € wird in Höhe von 600.000,00 € dem städtischen Haushalt und in Höhe von 438.835,78 € der „Allgemeinen Rücklage“ zugeführt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

**7. 11-16/1096 Wirtschaftsplan 2015 der Stadtwerke Friedberg (Hessen)**

Vorsitzende Götz fragt mit Bezug auf die Erläuterungen zum Personalaufwand (Seite 6, Position 5) an, in welcher Höhe Mittel für eine „mögliche Umstellung des Tarifvertrages vom Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) in den Spartentarif für Versorgungsunternehmen (TV-V)“ einkalkuliert wurden.

Kaufmännischer Betriebsleiter Klose beantwortet die Frage dahingehend, dass eine Veranschlagung in Höhe von 100.000 € erfolgte.

Vorsitzende Götz hinterfragt, auf welcher Grundlage diese Veranschlagung erfolgte, da bislang zu keiner Zeit in Magistrat oder Stadtverordnetenversammlung die Absicht bekundet worden sei, eine Tarifumstellung vorzunehmen. Dies wird von Bürgermeister Keller bestätigt.

Kaufmännischer Betriebsleiter Klose reduziert daraufhin den Ansatz für den Personalaufwand in Position 5 des Wirtschaftsplans um 100.000 €. Daraufhin erfolgt der

### **Beschluss:**

Der vorgelegte Wirtschaftsplan einschl. Stellenplan der Stadtwerke für das Wirtschaftsjahr 2015 wird genehmigt und wie folgt festgestellt:

#### I. Erfolgsplan

Aufwand und Ertrag = -118 T€

#### Vermögensplan

Ausgabenbedarf = 2.822 T€  
(enthalten: Verminderung des Nettogeldvermögens -1.272 T€)

Deckungsmittel = 2.822 T€  
(enthalten: Ergebnis Erfolgsrechnung -118 T€,  
Saldo Ertragszuschüsse -315 T€)

**Wirtschaftsplan - Gesamt - = 2.704 T€**

II. Eine Darlehensbeschaffung ist in Höhe von 1.500 T€ veranschlagt.

III. Der Höchstbetrag der Kassenkredite, der im Wirtschaftsjahr 2015 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden kann wird auf 4.000 T€ festgesetzt.

IV. Verpflichtungsermächtigungen werden keine erteilt.

**Die Position 5, Personalaufwand, wird um 100.000 € reduziert. Die Änderung ist im Wirtschaftsplan einzuarbeiten. Mit dieser Reduzierung stimmt das Gremium dem Wirtschaftsplan 2015 der Stadtwerke zu.**

Abstimmungsergebnis:

**Einstimmig in Abänderung beschlossen**

Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

<b>8.</b>	<b>11-16/1059</b>	<b>Projekt "Windpark Winterstein", hier: "Windenergie, weiteres Vorgehen im Hinblick auf die Stadtverordnetenversammlung und den Magistrat" hier: Sachstand</b>
-----------	-------------------	---

Bürgermeister Keller berichtet, dass Professor Trautner ein Gutachten bzgl. des Vergaberechts erstellt hat und dieses in der Magistratssitzung am 09.02.2015 vorstellen werde. In dieser Sitzung werden auch Aussagen des Regionalverbandes und der Deutschen Flugsicherung beraten. Auf Basis der Ergebnisse werde der Magistrat eine Vorlage erarbeiten und zur Stadtverordnetenversammlung am 19.2.2015 vorlegen.

<b>9.</b>	<b>11-16/1064</b>	<b>Beteiligungsbericht 2013 der Stadt Friedberg</b>
-----------	-------------------	---

Der Beteiligungsbericht des Jahres 2013 wird vom Haupt- und Finanzausschuss **zur Kenntnis genommen.**

**10. 11-16/1103 Messe Wetterau vom 01. bis 03. Mai 2015**

**Beschluss:**

Zur Durchführung der diesjährigen Beteiligung der Stadt Friedberg mit einem Messestand an der Messe Wetterau vom 01. bis 03. Mai 2015 werden erforderliche Haushaltsmittel in Höhe von 10.000.-- € im Vorgriff auf den Haushaltsplan 2015 zur Verfügung gestellt. Die Verwaltung wird beauftragt, die für die Durchführung des diesjährigen Messeauftritts der Stadt Friedberg notwendigen Verträge abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen  
Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

**11. 11-16/1099 Durchführung des Seniorenausfluges 2015 am 26. Juni**

Bürgermeister Keller erklärt, dass es in diesem Jahr nur eine Fahrt (Kernstadt und Stadtteile zusammen) geben werde und nicht wie in der Vergangenheit zwei.

**Beschluss:**

Zur Durchführung des diesjährigen Seniorenausfluges am 26. Juni werden die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 28.600.-- € im Vorgriff auf den Haushaltsplan 2015 zur Verfügung gestellt. Die Verwaltung wird beauftragt, die für die Durchführung des Seniorenausfluges 2015 notwendigen Verträge abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen  
Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

**12. 11-16/1078 Aufhebung einer Stellenbesetzungssperre im Vorzimmer des Ersten Stadtrates**

**Beschluss:**

Zur Sicherstellung des laufenden Betriebes wird die Stellenbesetzungssperre für die Ganztagsstelle TVöD 9 im Vorzimmer des Ersten Stadtrates ab dem 01.07.2015 aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen  
Ja 7 Nein 2 Enthaltung 0

**13. 11-16/1107 Neufassung der Satzung über die Aufgaben des Stadtarchivs der Stadt Friedberg (Hessen)**

**Beschluss:**

Die Satzung über die Aufgaben des Stadtarchivs der Stadt Friedberg (Hessen) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen  
Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

**14. 11-16/1053 Fällung von 25 Robinien und Nachpflanzung von 31 Zierkirschen in der Ludwigstraße**

Der Haupt- und Finanzausschuss schließt sich der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bauwesen, Planung, Umwelt und Konversion an.

**Beschluss:**

1. In der Ludwigstraße werden zwischen Hanauer Straße und Bismarckstraße die vorhandenen 25 Robinien gefällt.

Die Ersatzpflanzung wird zurückgestellt und soll vor der Fällung nochmals im Ausschuss für Bauwesen, Planung, Umwelt und Konversion behandelt werden.

2. Unter der Kostenstelle 6.580000, Sachkonto 6161000 werden im Haushaltsplan 2015 62.000 € für die Pflanzarbeiten bereitgestellt. Gleichzeitig wird eine Einnahmehaushaltsstelle mit einem symbolischen Betrag von 1 € gebildet, da die Verhandlungen mit der OVAG als Zuschussgeber noch laufen.
3. Die Maßnahme **gem. Nr. 1** wird erst begonnen, wenn feststeht, ob und in welcher Höhe die OVAG sich an den Kosten beteiligt.

**Abstimmungsergebnis:**

**Mehrheitlich mit Ergänzung beschlossen**

Ja 7 Nein 2 Enthaltung 0

**15. Sachstandsbericht Konversion "Ray Barracks"**

Bürgermeister Keller berichtet über ein Telefonat, welches er mit dem Ersten Kreisbeigeordneten Betschel geführt habe. In diesem Telefonat hat Erster Kreisbeigeordneter Betschel ihn darüber informiert, dass der Wetteraukreis Überlegungen dazu anstellt, Flüchtlinge in der Kaserne unterzubringen. Er habe ihn unmittelbar auf die Problematiken der Ver- und Entsorgung sowie städtebauliche und stadtentwicklungstechnische Hinderungsgründe hingewiesen.

Bürgermeister Keller erläutert außerdem, dass derzeit Gespräche mit denkbaren Investoren hinsichtlich der Entwicklung des Kasernengeländes stattfinden, die nicht nur einen reinen Grundstückskauf umfassen, sondern möglichst immer auch ein städtebauliches Gesamtkonzept beinhalten sollen.

**16. Verschiedenes**

**16.1. Verschiedenes;  
hier: Terminfestlegung Sondersitzung  
Bezug: Top 2, Jahresabschluss des Haushaltsjahres 2009**

Als Termin für die Sondersitzung zum Tagesordnungspunkt 2 wird Donnerstag, der 05.03.2015, 19.15 Uhr festgelegt. Die Stellungnahme der Verwaltung zu den genannten Kritikpunkten ist den Mitgliedern des Haupt- und Finanzausschusses spätestens bis zum 25.02.2015 in Schriftform zuzuleiten.

\_\_\_\_\_  
gez.: Götz  
(Vorsitzende)

\_\_\_\_\_  
gez.: Cacalano  
(Schriftführerin)